

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,60 Mk., vierteljährlich 13,60 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungszweigen nach Bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 40 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme: 11 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postkonto: in Danzig 2545. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 293

Mittwoch, den 15. Dezember 1920

11. Jahrgang

Demokratische Wirtschaftspolitik

In Nürnberg findet augenblicklich der Parteitag der deutschen demokratischen Partei statt. Im allgemeinen hat dies Ereignis selbst für innerdeutsche Verhältnisse nur untergeordnete Bedeutung, sodaß wir uns ein Eingehen auf diese Tagung versagen dürften. Aber bei einem, sicherlich dem wichtigsten Gegenstande der dortigen Verhandlungen, ergibt sich auch für uns Veranlassung zum näheren Eingehen, nämlich bei der Debatte über die künftigen Formen unserer Wirtschaft.

Bekanntlich nimmt die deutsche demokratische Partei mit demselben Rechte wie die deutsche Volkspartei für sich in Anspruch, die alleinige Hüterin und Fortsetzerin des ehemaligen Liberalismus zu sein, und es ist außerordentlich bemerkenswert, daß einer ihrer hervorragendsten Führer, der Reichsminister des Innern Koch, eine so weitgehende Übereinstimmung in den wesentlichsten Aufgaben und Zielen seiner Partei mit denen der deutschen Volkspartei feststellte, daß der Gedanke einer Verschmelzung der beiden Parteien in fernerer Zeit nicht außer acht gelassen werden dürfe. In solchen Bedankengängen charakterisiert sich die ganze grenzenlose Verlegenheit und Unsicherheit, in die die Demokraten seit dem kläglichen Fiasko, das sie bei den letzten Reichstagswahlen erlebt haben, geraten sind. Zwei Seelen wohnen — ach! — in ihrer Brust, aber es scheint doch, als ob die energiegelohne Rechtschwenkung, die die Demokraten seit dem Juni vorgenommen haben, ihrem wahren Geiste mehr entspricht als ihre Tätigkeit in der alten Koalition in der Nationalversammlung.

Die Zwierspältigkeit und heimliche Sehnsucht der Demokraten wird am offenkundigsten an ihrem Wirtschaftsprogramm. Ihr einstweiliger Gegensatz zur Partei der Stresemann und Stinnes liegt darin, daß sie den sozialen Forderungen der neuen Zeit ein immerhin größeres Verständnis entgegenbringen als die Vertreter des schrankenlosen Privatunternehmertums, und daß sie dem ungestümen Drängen der breitesten Volksmassen nach Gemeinwirtschaft gewisse Zugeständnisse zu machen bereit sind. Aber die Zusammenfassung dieser Partei, in der das Unternehmertum und das Großkapital nahezu eine ebenso einflussreiche Rolle spielen wie in der deutschen Volkspartei, läßt es doch nicht zu, daß die Demokraten die Notwendigkeit der Gemeinwirtschaft mit allen ihren Konsequenzen bis zu Ende durchdenken. Sie wollen eine Brücke bauen, wo es keine Brücke zu bauen gibt, weil die Kluft zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu breit ist. So werden alle ihre Reformen und Konzessionen nur ein fadenförmiges Flickwerk bleiben und die Demokraten im wirtschaftlichen und politischen Entscheidungskampf der Zukunft immer wieder ins kapitalistische Lager zurückverweisen. Dies reaktionäre Moment und der innere Widerspruch ihrer Haltung müssen den Demokraten früher oder später zum Verhängnis werden.

Der Referent über die demokratische Wirtschaftspolitik auf dem Parteitage war der württembergische Großindustrielle Wieland. Aber das eigentliche Ereignis der Aussprache über dies Gebiet bildete die Rede von Walther Rathenau. Seine von starkem sozialen und sittlichen Empfinden getragenen Ausführungen sind ja schon von seiner fruchtbarsten literarischen Tätigkeit her bekannt. Es ist höchst bezeichnend, daß die Kritik, die die Rede des Leiters eines der größten deutschen Industrieunternehmen, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, der doch auch die Unternehmerfreiheit geschätzt wissen will (wenn auch mit gewissen zeitgemäßen Einschränkungen), im Lager seiner eigenen Parteifreunde gefunden hat, feststellt, der Beifall der Zuhörer habe mehr dem ästhetischen und ethischen Genuß seiner formvollendeten Rede als ihrem sachlichen Inhalt gegolten. Also selbst jede planmäßige Bindung der Wirtschaft, so heilsam und vorzuziehend sie auch sein mag, findet bei den Demokraten keinen Anklang.

Auch Rathenau hält es für das wünschenswerteste, wenn die Wirtschaft ihren eigenen Gesetzen folgen könne (also lediglich vom Gewinninteresse des Unternehmers bestimmt werde). Nur das augenblickliche Elend der Bevölkerung könne den Gedanken einer Organisation der Wirtschaft nahe legen. Das Zentralproblem liege in der Steigerung der Produktion. Diesen Satz kann man auch als Sozialist gut heißen. Die Färgellosigkeit unserer heutigen Wirtschaft müsse durch eine große, geregelte Wirtschaft ersetzt werden. In der gegenwärtigen Konzentration der Wirtschaft vollziehe sich ein Naturgesetz der Wille zur Ordnung (!). Sie allein gewähre auch durch die höchstgestiegene Vervollkommnung ihrer Herstellungsmöglichkeiten die größte Verbilligung der Produktion. Hier müssen wir als Sozialisten schon einen Einwand machen. Bewiß vermag ein Großbetrieb billiger zu ar-

Beginn der Brüsseler Konferenz.

Abreise der deutschen Delegierten nach Brüssel.

Berlin, 14. Dez. Die deutsche Kommission für die Zusammenkunft in Brüssel hat heute abend Berlin verlassen. Infolge Behinderung des Herrn von Simion ist als zweiter Delegierter der Reichsregierung der Brüsseler im Reichsbankdirektorium Erzellenz Havenstein bezeichnet worden. Als Arbeitnehmervertreter reist Gewerkschaftssekretär Silbermann vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund.

Das sozialistische Regierungsprogramm in Sachsen.

Dresden, 14. Dez. In der Volkstammer entwarf Ministerpräsident Bud sein Regierungsprogramm. Die Regierung hat die Pflicht, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und auszubauen. Die Reichsverfassung ergibt den Aufgabenkreis der Länder ein; trotzdem haben wir die Pflicht, zu den großen gesetzgeberischen Maßnahmen des Reiches unsere Auffassung bekanntzugeben und sie in sozialistischem Sinne zu fördern. In innigem Zusammenhang damit steht die Frage des Wiederaufblühens der Industrie und der großen Unternehmungen. Der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bringt die Regierung das größte Interesse entgegen. Sachsens Exportindustrie bedarf dringend der Aufträge aller Welt. Die steigende Not proletarisiert immer weitere Kreise. Eine soziale Umschichtung tritt zusehends ein! In den Kreisen der Beamten ist neue Erregung bemerkbar. Der Staat selbst aber befindet sich in den schwersten finanziellen Nöten. Die Schuldenform ist bisher gradlinig fortgeführt worden. Ihre Fortsetzung und Vervollendung wird die Hauptaufgabe des neuen Kultusministers sein. Die Notwendigkeit das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben herzustellen, wird den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Steuern erfordern.

Erleichterungen im deutsch-italienischen Güterverkehr.

Berlin, 14. Dez. In den letzten Tagen fanden zwischen der deutschen und der italienischen Regierung in Berlin Verhandlungen statt mit dem Ziel, den Verkehr zwischen Deutschland und Italien, der sich bereits jetzt in günstiger Entwicklung befindet, nach Möglichkeit zu erleichtern. Es handelt sich in der Hauptsache um die Schaffung direkter Tarife, um die durch die jetzt noch erforderlichen mehrfachen Zwischenabfertigungen bedingten Schwierigkeiten und Verteuerungen zu beseitigen. Nach dem Verlauf der Verhandlungen darf angenommen werden, daß eine befriedigende Regelung dieser Frage erreicht wird.

Der ständige internationale Gerichtshof.

Genf, 14. Dez. Der Völkerbundrat stellte in seiner Sitzung das Protokoll auf, das infolge der Beschlüsse der Völkerbundversammlung über den ständigen internationalen Gerichtshof nötig war. Eine Unterzeichnung des Protokolls erkennen die Mitglieder des Völkerbundes und die in der Anlage des Statutes angeführten Staaten an. Die Satzungen des Gerichtshofes treten in Kraft, sobald die Mehrheit der Mitglieder das Protokoll unterzeichnet hat.

Die Abrüstungsfrage vor dem Völkerbund.

Genf, 14. Dez. Die Abrüstungskommission unterbreitete der Völkerbundversammlung eine Reihe von Anträgen. Der erste Antrag bezieht sich auf die Beendigung der Kontrolle des Handels mit Waffen und Munition vom 10. September 1919 und enthält, daß die Signatarmächte dieses Abkommens so rasch wie möglich ratifizieren und die Produktion der privaten Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial empfindlich die Kommission, die Frage der

Unterdrückung der privaten Waffenherstellung zu prüfen. Im dritten Antrag gibt sie der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Aufrechterhaltung des Friedens die Herabsetzung der Rüstungen notwendig mache.

Genf, 14. Dez. Bei der Abstimmung wurden sämtliche Anträge zur Abrüstungsfrage von der Völkerbundversammlung angenommen.

Rom, 14. Dez. Tittoni ist, um seinen Verpflichtungen als Senatspräsident nachkommen zu können, von seinem Amt als Delegierter vom Völkerbundsrat zurückgetreten. Der ehemalige italienische Botschafter in London Marchese Imperiali ist an seine Stelle getreten. Tittoni wird als Vertreter Italiens bei der Völkerbundversammlung weiter tätig sein.

Das internationale Arbeiterschuttabkommen.

Die Hauptversammlung der internationalen Organisation der Arbeit, deren Mitglied Deutschland ist, hat auf ihrer ersten Tagung in Washington im September 1920 eine Reihe von internationalen Übereinkommen getroffen, die Deutschland ratifiziert werden sollen und daher mit entsprechenden Gesetzentwurf vom Reichsarbeitsministerium dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates zur Begutachtung überwiesen worden sind. Der Vorsitzende, Abgeordneter Umbreit, wies darauf hin, daß die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz nur Arbeiterschutzbestimmungen enthielten, wie sie von den internationalen Gewerkschaftsorganisationen immer gefordert und in Deutschland bis auf Kleinigkeiten längst verwirklicht sind. Sie betreffen die Arbeitslosigkeit, Nachtarbeit der Frauen und Festlegung der Altersgrenze für die Zulassung von Kindern an gewerblichen Arbeit, ferner eine Reihe von Bestimmungen über die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die gegenseitige Gleichbehandlung der in- und ausländischen Arbeiter, die Bekämpfung des Alkoholismus, den Schutz der Frauen und Kinder gegen Bleivergiftung, die Einrichtung eines öffentlichen Bern angenommenen internationalen Übereinkommens des 1906 in Bern angenommenen internationalen Übereinkommens über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern.

Der Gegenreferent Dr. von Müppel bestricherte von dem Abkommen eine einseitige und konkurrenzschwerende Belastung für die deutsche Wirtschaft. In der Aussprache stellte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums die Erleichterung der bereits geltenden Schutzbestimmungen in Aussicht. Die Schutzfrist für Wöchnerinnen wird von acht auf zwölf Wochen, die Nachruhe von zehn auf elf Stunden, der Begriff der Jugendlichen für manche Arbeiten auf achtzehn Jahre ausgedehnt. Der Sozialpolitische Ausschuß empfahl zum Schluß, die Regierung möge die Beschlüsse der internationalen Organisation ratifizieren, und sprach die Hoffnung aus, daß die andern Mitgliedsstaaten sie ebenfalls ratifizieren möchten.

Polnisch-deutscher Gefangenenaustausch.

Berlin, 14. Dez. Mit Zustimmung des polnischen Staatsrats des Reichern besuchte am 28. November ein Vertreter der deutschen Botschaft in Warschau das Interniertenlager Dabie bei Krakau. Der Besuch galt der Feststellung der dort internierten Reichsdeutschen und Polnischen Soldaten und der Untersuchung der Bedingungen ihrer Unterbringung. Die Lage der Internierten hat sich als zufriedenstellend erwiesen. Um die Internierten besser mit Lebensmitteln versorgen zu können, deutsche Vertreter einen Teil der Kosten im Wert von 2000 Reichsmark und 2000 polnische Zlotys für den Bedarf der Internierten zu übernehmen. Die Reichsdeutschen sollen ebenfalls austauscht werden. Zur beschleunigten Befreiung der optionberechtigten polnischen Staatsangehörigen hat bereits die entsprechende Schritte getan. Die polnische Regierung hat die vollständige Regierung dem deutschen Vertreter mit dem größten Entgegenkommen gestattet.

betten und bessere Qualitätsarbeit zu liefern als ein Kleinbetrieb, aber um diese Möglichkeit zu verwirklichen, ist es ja gerade notwendig, daß die Allgemeinheit als Unternehmerin an die Stelle des Besitzers eines Privatmonopols tritt. Rathenau selbst fühlt das wohl, wenn er die Produktion nicht nur steigern, sondern auch sozial und konsumentenfreundlich machen will. Aber er fügt gleich wieder hinzu, Sozialisierung oder Nichtsozialisierung sei eine falsche Fragestellung. Auch das ist nicht einmal ganz richtig.

Es geht jedoch nicht an, durch Verstaatlichung mit staatlichem Einschlag den realen Gegensatz zu verwickeln. Die richtige Fragestellung muß lauten: Individualismus (d. h. Liberalismus) oder Sozialismus. Um diese Entscheidung wird man letzten Endes nicht herumkommen können. Deshalb werden wir als Sozialisten auch die demokratische Wirtschaftspolitik zielbewußt und energisch befürworten müssen.

Margismus und Sozialismus.

Seit dem Tage, an dem sozialistische Prinzipien in das Reich der Wirklichkeit und der Möglichkeiten traten, ist die Diskussion über die Tragik des Sozialismus nicht mehr verstummt. Soweit man heute schon aus diesen zahlreichen Debatten für und wider ein positives Ergebnis erkennen kann, so ist es die Uebereinstimmung darin, daß die sozialistische Voraussetzung von der Uebernahme des kapitalistischen Klassenkampfes durch die sozialistische Gesellschaft nicht erfüllt ist; es fehlt jener Reifezustand des — durch den Weltkrieg in seinen Grundzügen erschütterten — Kapitalismus, aus dem die sozialistische Gesellschaft um ein bekanntes Wort von Marx zu gebrauchen wie der Schmetterling aus der Raupe herauskriechen soll. Von dieser negativen Einsicht bis zu völliger Hoffnungslosigkeit ist der Weg nicht weit. Man erklärt — von rechts und von links, und leider auch in unseren Reihen — den Margismus für tot und begribt im Glauben an die aufbauende Kraft des Sozialismus ihre zu werben. Und doch gibt es keine gefährlichere und den Todfeind widerprechendere Auffassung als diese.

An den letzten Jahrzehnten haben wir uns allerdings daran gewöhnt, Karl Marx zitiert mit dem Wortsatz des Sozialismus zu identifizieren. Heute müssen wir uns darauf besinnen, daß zwar durch Marx der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft geführt wurde, daß der Sozialismus aber ohne Margismus denkbar. Die Wichtigkeit dieser Formel ergibt eine Betrachtung, die sich an der sozialistischen Forschungsmethode, dem historisch-ökonomischen Materialismus nämlich, orientiert. Marx' Lebensarbeit besteht in der Auffassung und wissenschaftlichen Richtung der Wirtschaftsmomente des Geistes. Aus ihr schöpft er sein Wissen, und nur die kapitalistische Wirtschaft mit ihrer hochentwickelten Form seines Zeitalters läßt ihn eben die Gesetze erkennen, die aus der kapitalistischen Wirtschaftsform in die höhere, in die sozialistische, hinüberführen. Nach materialistischer Anschauung birgt aber der kapitalistische Klassenkampf in seinem Schoß bereits die Elemente, die zu seiner Ueberwindung führen. Ueber kurz oder lang also mußte mit zwingender Notwendigkeit die Aufdeckung der kapitalistischen Grundgesetze erfolgen. Diese Auffassung ist die einzige, die dem historischen Materialismus gerecht wird. Sie entspricht auch der Auffassung des Führerproblems, wie es von Engels wiederholt auseinandergesetzt wurde. Ohne die bereits vorhandenen kapitalistischen Gesetze wäre also kein Gemein, kein Uebermensch imstande gewesen, die Gesellschaftsformen des kommenden Staates aufzuweisen. Andererseits: der Sozialismus ist eine Massenbewegung, in der wiederum der Charakter der jeweiligen Wirtschaftsform zu deutlichem Ausdruck gelangt. Sozialismus wäre da, auch wenn keine Sozialdemokratie wäre und, wie wir weiter folgern müssen, Sozialismus wäre auch dann, wenn Marx nicht bereits seine Gesetze in feste Formen gebracht hätte.

Diese etwas theoretisierende Betrachtungsweise scheint zunächst überflüssig, weil wir ja mit dem Faktor Marx rechnen können. Sie ist es aber in Wirklichkeit nicht, weil noch immer beide Strömungen miteinander verwechselt bzw. miteinander identifiziert werden. Vielleicht dienen diese Betrachtungen dazu, die Zuerst in den Sozialismus zu stärken, auch wenn die eine oder andere der Marx'schen Lehren, die an die Zeit gebunden und deshalb verhänglich sind, nicht mehr in vollem Umfange zutreffen sollte.

Die größten Feinde des deutschen Volkes.

Unter den mannigfachen Vorwürfen, die während des Krieges vom germanen — feindlichen wie neutralen — Ausland gegen das deutsche Volk erhoben worden sind, ist zweifellos der des Chauvinismus und altdeutschen Militarismus einer der am meisten berechtigten gewesen. Schon der gesunde Menschenverstand sollte deshalb dazu veranlassen, die friedfertige Bestimmung des neuen Deutschland möglichst nachdrücklich und häufig zu betonen. In dieser Erwartung werden wir aber leider auch heute noch allzu oft getäuscht, und es ist nicht zu verkennen, daß die Siegermethoden der Entente gegenüber dem deutschen Volk eine wesentliche Ursache in der immer erneut auftauchenden Hoch- und Hochpropaganda gewisser Kreise haben.

Einer der markantesten, auch im Ausland am besten bekannten Vertreter militäristischer Bewandlung war der General von Bernhardt. Dieser Herr bringt es fertig, ausgerechnet in dieser Zeit, in der alles darauf ankommt, daß das deutsche Volk sich des Wohlwollens und Vertrauens seiner ehemaligen Gegner erzieht, der staunenden Welt ein neues Werk über den nächsten Krieg, den Krieg der Zukunft, zu schenken. Was Wunder, wenn man sich in den Ländern der Entente, vornehmlich in Frankreich und England, mit Begehr auf das neue Buch des Generals stürzt, um damit vor aller Welt beweisen zu können, die deutsche Bestimmung habe sich in nichts geändert, Gewalt sei noch immer der Höhe, den das nestige Deutschland anbede. Nun wissen wir freilich einige wenige Erschützte unter unseren Begreifern, daß das geistige Deutschland keineswegs durch Herrn von Bernhardt repräsentiert wird, die nationalistische Presse aller Länder freilich tut ihr Möglichstes, den Köpfen ihrer Leser wieder durchaus irrige Vorstellungen einzuhämmern. Und darum sind Bücher, wie die des Generals von Bernhardt, ein unberechenbarer Schaden für Deutschland.

Was es noch hingegen, wenn Herr von Bernhardt sich im eigenen Lande als Gewaltapostel produziert, die Wirkungen seiner Meinungen auf das stets lauernde und untrauliche Ausland werden wir bald genug am eigenen Leibe verspüren. Man braucht zu diesem Zwecke nur nachzulesen, was z. B. die englische Presse anlässlich des Erscheinens der englischen Uebersetzung von Bernhardt's letztem Buch zu sagen hat, und wie sie es kommentiert. Da heißt es z. B.: Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, geheime Vorbereitungen für einen Krieg zu treffen oder ihn selber zu beginnen. Es ist die größte Ehrsamkeit gegen das eigene Volk, aus Mangel an Mut einen notwendigen Krieg nicht zu beginnen. Solange die Menschlichen Menschen bleiben, wird Gewalt im weitesten Sinne die politische und kulturelle Bedeutung der Staaten bestimmen. Letzten Endes ist sie der Grundstein allen intellektuellen Fortschritts. Gedanken wie diese, sind wahrlich nicht dazu angetan, dem neuen Deutschland Freunde zu werden und ihm wieder eine geachtete Stellung unter den Völkern zu verschaffen, denn solange diese Irrlehren von der Macht der Gewalt noch in Deutschland Kurs haben, wird niemand auf der Welt glauben, daß die geistige und moralische Erneuerung Deutschlands eine vollzogene Tatsache ist.

Die Demokraten als Schützer des Kapitals.

Im Deutschen Reichstage ist in letzter Zeit mehrfach der Plan einer Zwangsanleihe aufgetaucht. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich mit aller Entschiedenheit dafür ausgesprochen, diesen Plan erst dann zu erwägen, wenn zuvor die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers beschlossen sei und energisch durchgeführt werde. Reichsnotopfer und Zwangsanleihe vermögen zwar nicht mit einem Schlag das deutsche Finanzjoch zu beseitigen, können aber immerhin den drohenden Zusammenbruch aufhalten. Jedenfalls muß der Standa bekämpft werden, daß durch die parlamentarische Erörterung der Zwangsanleihe die Einziehung des Reichsnotopfers verschleppt oder gar ganz verhindert wird, also die Steuern der Arbeiter, Angestellten und Beamten bis auf den letzten Pfennig erhoben werden, während die große Besitzsteuer einfach auf dem Papier stehen geblieben ist.

In dieser Hinsicht ist besonders das Verhalten der Demokraten geradezu ungeheuerlich. Dieselbe Partei, die in der alten Koalition zusammen mit den Sozialdemokrat

traten das Reichsnotopfer beschlossen hat, sucht jetzt seine Einziehung in trauter Bruderschaft mit der Deutschen Volkspartei zu verhindern. Geradezu herausfordernd wirken die Ausführungen, mit denen sich der ehemalige Reichsminister Gothein in einem Artikel des Berliner „Vollständigen Abendsblattes“ für die Geldsachverständigen im Jung legt. Da sagt Herr Gothein auseinander, daß der Betrag einer Million heute mit einem Einkommen von 25 000 Mark, das ihm nach Abzug aller Steuern verbleibe, als arbeitsloser Mittelstand dem Proletariat sehr nahe stehe. Auch der Millionär sei heute ein Kleinrentner, und Herr Gothein appelliert mit tränenerstickter Stimme an die soziale Solidität für diese „Kleinrentner“.

Herr Gothein, der in den Kreisen der Besitzenden lebt und mit einer Naivität, die für einen Politiker seltsam ist, ihr Gehörtes wiederholt, weiß von der Lage der wirklichen Kleinrentner offenbar gar nichts. Er ist absolut nicht imstande, sich in die Empfindungswelt der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu versetzen, für die ein Einkommen von 25 000 Mark ein traumhafter Begriff ist, und die erste Arbeit verrichten müssen, um die Hälfte oder Zweidrittel dieses Betrags für ihr Leben und das ihrer Angehörigen zu gewinnen. Auf den Gedanken scheint Herr Gothein überhaupt nicht gekommen zu sein, daß ein Millionär, der mit den Zinsen seines Kapitals nicht mehr auskommt, schließlich auch arbeiten möchte, um sein Einkommen zu verbessern.

Herr Gothein bedauert die Schwäche seines Standpunktes aber auch dadurch auf, daß er das Einkommen eines einfachen Millionärs nach Abzug des Reichsnotopfers auf 25 000 Mark berechnet. Tatsächlich ist ja dieses Einkommen heute noch viel höher, da ja das Reichsnotopfer noch nicht eingezogen ist. Nach seiner Einziehung wird ein Millionär immer noch über ein arbeitsloses Einkommen von 25 000 Mark verfügen. Herr Gothein liefert unbewußt die stärksten Argumente seinen Gegnern, die eine rasche Einziehung des Reichsnotopfers verlangen.

Die Bezeichnung eines Millionärs als einen dem Proletariat sehr nahe stehenden „Kleinrentner“ wirkt wahrhaftig auf die ärmere Bevölkerung wie beifender Hohn. Die Sozialdemokratie sollte daraus die Mahnung entnehmen, die besitzenden Klassen erst einmal auf dem Wege der Volksabstimmung zu Steuerleistungen heranziehen zu lassen, von denen sie sich heute noch nicht träumen lassen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 14. Dez. Im Steuerauschuß des Reichstages setzte sich Staatssekretär Möse für Verabschiedung des ganzen Gesetzentwurfs über die Erhebung des Reichsnotopfers ein, damit die Finanzämter endlich freigegeben würden für die Veranlagung der Einkommensteuer. Ein vorläufiges Veranlagungsverfahren würde doppelte Arbeit machen. Eine alsbaldige Verabschiedung sei nötig im Interesse des Reiches, der Länder und Gemeinden, aber auch der Steuerzahler selbst, die nicht länger im unklaren belassen werden sollten.

Die gestern im sächsischen Arbeitsministerium gepflogenen Verhandlungen zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks verliefen ergebnislos. Der Streik dauert fort.

Prag, 14. Dez. Dem „Ceske Slovo“ wird berichtet: Die Bollzugsausschüsse der tschechischen Sozialdemokraten und Kommunisten hätten beim Ministerpräsidenten folgende Forderungen erhoben: Rücktritt der Regierung Cerny, Amnestie für alle Ausschreitungen bei den Kundgebungen, Erhöhung der Löhne um 30 Prozent, Weihnachtzulage von 1000 Kronen für die Person. Beschlagnahme Betriebe sollen bis zur Uebergabe auf parlamentarischen Wege in den Händen der Arbeiterschaft bleiben, und eine Kontrolle aller landwirtschaftlichen, industriellen und Bankbetriebe sofort durchgeführt werden. Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat eine Entschliebung angenommen, nach der der Vorstand eine Beteiligung an dem allgemeinen Ausstand, dessen Folgen unübersehbar wären, nicht einleiten könne.

Der Aufstieg.

Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

Von Dr. Werner Beiser.

Die Lebensart von der „guten alten Zeit“, die von einflussreichen Bürgertümern längst über Bord geworfen wurde, vermag sich nur deshalb noch heute in den Köpfen vieler Menschen und auch vieler vorwärtsstrebender Parteigenossen zu erhalten, weil die nötige Gesichtspunkte aus jener Zeit mangelt. Dem kapitalistischen Zeitalter mit seinen Maschinen und Geschwätzen, seinen Lohnskandalen und Beißerschwüngen, seinen blutigen Kriegen und Revolutionen glaubt man noch mit Erfolg die friedliche Zeit des deutschen Mittelalters gegenüberstellen zu können, da Bürger und Bauer, Meister und Geselle, Handwerker und Jungherr in einer einzigen Interessensharmonie lebten, und wo der „Aufstieg der Tüchtigen“ gewöhnlich war. Wie verkehrt diese Auffassung ist, darüber berichtet uns der Verfasser eines demnächst erscheinenden, „Der Aufstieg“ betitelten Buches, Genosse Franz Kluge.

Der „Maurer Montag“, ein Wort, über dessen geschichtliche Entstehung heute nur die Wenigsten etwas wissen, war einer der zahllosen Anlässe, des Mittelalters zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Geistes und Meißer. Kluge schreibt:

„Bekannt sind die vielfachen und hartnäckigen Kämpfe um den „Maurer Montag“, dessen Name im Lauf der Jahrhunderte allerdings eine Lebensbedeutung erhielt, die ihm ursprünglich nicht innewohnte. Der freie Montag war für die mittelalterlichen Handwerksgehilfen ein „guter Montag“, der ihnen als Feiertag Ersatz für Ueberarbeit bieten sollte. Die Beseitigung dieses freien Tages bedeutete nichts anderes als Zwang zur Mehrarbeit ohne vermehrten Lohn. Wie ja infolge der Reformation überhaupt über viele kirchliche Feiertage beseitigt und den Geisteslichen Arbeitstage aufgeschaltet wurden, ohne daß dafür ein Entgelt in anderer Weise geboten wurde. Der

Kampf um diese Feiertage bedeutete also ein stetes Ringen gegen vermehrte Arbeitszeit, wie der Kampf um das Schenrecht letzten Endes nichts Geringeres darstellte als die Verteidigung des Koalitionsrechtes an sich.“

Wahr und mehr werden mit dem Uebergang vom handwerklichen zum kapitalistischen Betriebe die Gesellschaften ihrer Rechte entleert. Die Zusammenkünfte der Gesellen werden verboten, die Löhne werden gedrückt, es folgt ein Verelendungsprozeß ein, der bis ins 19. Jahrhundert fortwährt, ohne in ihm seinen Höhepunkt zu finden. Die soziale Not haßt den sozialen Gedanken. Omer, Fourier, St. Simon begründen ihre Systeme, und Weitling's „Garantien der Harmonie und Freiheit“ geben der Arbeiterbewegung neuen Aufschwung. Da wird — schon in der Höhezeit des Kapitalismus — das „Kommunistische Manifest“ von Marx und Engels unter die Massen geschleudert. Die Arbeiterschaft beginnt sich als Proletariat zu fühlen. Sie erkennt ihre Sonderstellung den anderen Schichten der Bevölkerung gegenüber, die sich zur großen Masse der Bourgeoisie zusammenschließen: das Proletariat wird Klassenbewußt. Politische und wirtschaftliche Forderungen gehen nunmehr Hand in Hand. Die Erkämpfung der Demokratie wird auf die Tagesordnung gesetzt. Die internationale Klassenlage des Proletariats wird erkannt. Wichtig hält das Schlußwort des Manifests durch Europa: Proletariat aller Länder, vereinigt euch! Die wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus ist gefunden. Der Sozialismus wächst aus der Utopie zur Wissenschaft. Doch jetzt beginnt der Tageskampf die Arbeiterschaft zu erfassen. Anfängliche Parteigründungen mit der Fortschrittspartei scheitern, und erst Lassalle's „Offenes Antwortschreiben“ gibt der jungen Arbeiterbewegung Lösung und Ziel.

„Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Lohn, gewort und Banner dieser Partei machen. Die Ver-

tretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands — dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann. Eine friedliche und geistliche Agitation hierfür mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, das ist und muß in politischer Hinsicht das Programm der Arbeiterpartei sein.“

Es ist nicht möglich, auf diesem beschränkten Raume auf das große Gedankenwerk Lassalle's einzugehen; das muß der Lektüre des Kluge'schen Buches überlassen bleiben. Auch die Geschichte der Arbeiterbewegung, die nunmehr in zwei zum Teil parallelen Phasen vor sich geht, kann hier nicht eingehender geschildert werden, ebensowenig wie die außerordentlich interessante Geschichte der Sozialdemokratie im Jahre 70/71. Nur soviel sei erwähnt, daß in die Zeit des politischen Aufschwungs der Arbeiterschaft die Entstehung der Gewerkschaften fällt, deren Geschichte „Der Aufstieg“ in knapper und übersichtlicher Form enthält.

Die bürgerlichen Parteien werden auf die „gemeingefährlichen“ Bestrebungen der Sozialdemokratie aufmerksam. Es folgt seitens der Regierungsstellen und Behörden eine Sozialistenerfolgung ein, von deren Umfang wir Jüngeren kaum eine Vorstellung machen können. Doch der Erfolg ist ein unerwarteter: die Arbeiterschaft zieht aus dem Verhalten ihrer Gegner die einzig richtige Konsequenz, sie schließt sich zusammen, und der Einigungstongreß in Gotha festigt die Gemein, als „Neue Fortschrittsbewegung“ haben an. Das Schandgesetz als dessen Vorwand man die Attentat halbbrüderlicher Menschen mißbraucht, sucht die Partei in den Schreckensjahren 78 bis 90 zu knebeln, und eine unerhörte Brutalität wirft die Besten hinter Schloß und Riegel. Die Sozialdemokratie wird außerhalb der Rechtsordnung gestellt. Die Wera des Vordspitzkums, das auch heute wieder eine unheißvolle Rolle spielt, hebt an. Da stürzt Bismarck, der unerschütterlich schien, fürgt über die verhasste Sozialdemokratie, und reißt im Fall das Schandgesetz

Die Eigenmächtigkeiten Sahms.

Stadtverordneten-Sitzung vom 14. Dezbr. 1920.

Nach dreiwöchiger Pause trat das Stadtparlament zur Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung zusammen. Das Haus war zu Beginn der Sitzung äußerst schwach besetzt.

Bürgermeister Dr. Baill verlas zunächst die Erklärung des Oberbürgermeisters Sahm, worin dieser den Geschäftsfleiss des Magistrats mitteilt, daß er die Geschäfte des Oberbürgermeisters dem Bürgermeister Dr. Baill übertragen und zum Stellvertreter der letzteren den Stadtrat Loop bestimmt hat.

Die sozialdemokratische Fraktion des Stadtparlamentes war mit dieser Regelung der Angelegenheit nicht einverstanden und hatte hierüber eine Anfrage an den Magistrat gerichtet.

Sozialdemokratische Anfrage zu dem Erlass Sahms.

Genosse Grünhagen erklärte, daß der Oberbürgermeister nicht befugt war, für sich und seinen gesetzlichen Vertreter Erlass zu bestimmen, ohne vorher der Stadtverordnetenversammlung davon Mitteilung zu machen. Der Vorgang habe in weiten Kreisen der Bevölkerung Verwirrung erregt. (Widerstand bei der Reden.) Redner wies auf die Städteordnung hin, die in ihrem § 99 die Vertreterfrage behandelt. Danach ist der Bürgermeister der gesetzliche Vertreter des Oberbürgermeisters, gibt letzterem aber nicht die Befugnis, auch den Stellvertreter des Bürgermeisters zu ernennen. Sahm habe weder als Oberbürgermeister noch als Senatspräsident das Recht zu einer solchen Verfügung, da sie auch in der Verfassung des Freistaates keine rechtliche Unterlage hat. Es liege hier eine Annahme vor, die Stadtverordneten seien bevollmächtigt worden. Mit dem Augenblick, wo der Oberbürgermeister sein Amt niederlegte, sei er nicht mehr befugt, Verfügungen zu erlassen. Man könne den Vorgang nicht mit der Uebergangszeit entschuldigen. Der richtige Weg wäre gewesen, die Stadtverordnetenversammlung über die Stellvertretung entscheiden zu lassen. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte, daß sie als Vertreter des Bürgermeisters den Stadtrat Loop in keiner Weise anerkenne, weil er die ungeeignete Persönlichkeit sei.

Bürgermeister Dr. Baill erwiderte, daß die Verfügung falsch aufgefahrt werde. Wenn Oberbürgermeister Sahm aus dem Amte scheiden wollte, hätte er eine andere Form gewählt. Der Erlass sei nur an die Dienststellen des Magistrats gerichtet gewesen und durchaus nicht ungeschicklich. Der Oberbürgermeister habe wohl die Geschäfte abgegeben, sein Amt aber nicht niedergelegt. Ein Magistratsbeschluss bestimme, daß das älteste Mitglied des Magistrats den Bürgermeister vertrete.

Auf Antrag des Genossen Spill fand die Besprechung der Anfrage statt.

Genosse Grünhagen war von der Erklärung des Bürgermeisters Dr. Baill nicht befriedigt. Man hätte es bei dem bisherigen Zustand belassen sollen, denn auch bisher war Oberbürgermeister Sahm stark im Interesse des Freistaates tätig. Auf keinen Fall dürften aus der jetzigen Vertretung finanzielle Verpflichtungen für die Stadt sich ergeben.

Dr. Baill antwortete, daß mit der Vertretung keinerlei Einkünfte verbunden sind.

Stadtv. Brunzen I (Unabh.) erklärte, daß seine Fraktionsfreunde sich als vernünftige Menschen nicht bevollmächtigt fühlten. (Gelächter.) Der Oberbürgermeister habe richtig gehandelt.

Genosse Grünhagen verteilte demgegenüber den Standpunkt, daß der Oberbürgermeister der Stadtverordnetenversammlung Mitteilung hätte machen müssen, wenn er nicht mehr in der Lage war, die Geschäfte der Stadt zu führen. Daß das nicht geschehen sei, sei ein Mangel an Höflichkeit. Bei der Pariser Delegation sei es ähnlich gewesen. Die Verfassungskommission der Stadtverordnetenversammlung habe die Delegation gerichtet, während die Telegramme von Paris an den Magistrat gerichtet wurden.

Bürgermeister Dr. Baill antwortete, daß die Telegramme an den Magistrat gerichtet wurden, damit sie durch das städtische Presseamt schnell der Öffentlichkeit mitgeteilt werden könnten.

Genosse Kergsmann fragte an, warum die Verfügung in die Presse lanciert worden ist. Sahm müsse sich entscheiden, ob er Oberbürgermeister bleiben oder das Amt als Senatspräsident antreten wolle. Die Stadtverordnetenversammlung habe rechtmäßig zu bestimmen, wer die Stellung hat. Bei einer anderen Regelung würde der Standpunkt der Geschäftsfleiss verlassen. Der Hinweis auf die Uebergangszeit sei nicht stichhaltig. Das Jahr 1918 war sicherlich auch eine Uebergangszeit, und damals wurde der Vollzugsausschuss von Mitgliedern der alten Stadtverordnetenversammlung in der regelhaftesten Weise beschimpft (Entrüsteter Zuruf und Lärm bei den Deutschnationalen.)

Nach einer kurzen Bemerkung des Bürgermeisters, daß der Erlass wahrscheinlich deshalb in der Presse veröffentlicht wurde, um die Ziele und Besuche gleich an die richtige Stelle zu leiten, war die Aussprache beendet.

Verschiedene Wahlen wurden nach den Vorschlägen des Wahlausschusses erledigt. Mit der Pensionierung von vier städtischen Beamten war die Versammlung einverstanden.

Für die Anschaffung von zwei Magnetscheidern für die Schlackenfortieranlage auf dem Caspewerl 2 wurden 180 000 Mk. bewilligt. Die Wirtschaftlichkeit des städtischen Elektrizitätswerks soll durch Einbau von Pendel-Feuerbrücken gehoben werden. Die erforderlichen 320 000 Mk. wurden bereitgestellt. Die Anschaffung eines dritten Krankenautos im Werte von 65 000 Mk. wurde genehmigt.

Ferner beschloß die Versammlung, verschiedenen gemeinnützigen Vereinen insgesamt 100 000 Mk. zur Verfügung zu stellen.

Die Polonisierung Danzigs.

Stadtv. Brestki (Pole) fragte an, ob auch das Josephshaus in Schibitz unterstellt werde. Dort hätten katholische Kreuzbündler mit Gewalt eine polnische Frauenversammlung verhindert.

Stadtv. Gwert (Zentr.) erwiderte, daß Kreuzbündler an dem Vorfall nicht beteiligt gewesen seien. Die Polen versuchten das Josephshaus in Schibitz, eine Einrichtung der deutschen Katholiken, zu polnischen Agitationsversammlungen zu mißbrauchen. Deshalb sei eine große Erregung unter den Katholiken in Schibitz entstanden und 500 bis 600 Personen haben die polnische Versammlung verhindert.

Stadtrat Dr. Meyer erklärte auf eine Anfrage des Stadtv. Gebauer (Unabh.), daß der Magistrat bei den genannten Vereinen einen Einfluß ausübe.

Ein neues Kraftwerk an der Kabaune

soll an Stelle der abgebrannten städtischen Mühle bei Braut errichtet werden. Für diesen Zweck wurden 1 500 000 Mk. angefordert.

Stadtv. Lange (Unabh.) regte an, auch das Gefälle der alten Kabaune nutzbar zu machen.

Stadtrat Gebauer antwortete, daß die Anregung geprüft werden soll. Es besteht die Absicht, auch die Kabaunen zur Erzeugung von elektrischer Arbeit heranzuziehen.

Genosse Kergsmann erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion der Vorlage zustimmen würde. Hier werde Arbeit geschaffen, und Arbeit sei die Quelle alles Lebens. Die gewöhnliche Form wurde bewilligt.

Weiter bewilligte die Versammlung 24 000 Mk. für die Verbesserung der Entwässerung in Schibitz und 25 000 Mk. für die Anlage neuer Zellen im städtischen Schlachthaus.

Brandbeseitigungen in Bräsen und Stettin

sollen mit einem Kostenaufwande von 416 000 Mk. ausgeführt werden. Es sind dabei Verbindungswege Bräsen-Westerplatte und eine Erandpromenade Bräsen-Stettin vorgesehen. Die Unabhängigen wollten nur die Summe für die Verbindungswege Bräsen-Westerplatte bewilligen. Andere Genossen und auch die Mehrzahl der Redner stellten sich jedoch auf dem Standpunkt, daß die Pflanzbeseitigung im Interesse des Hinterlandes dringend notwendig ist. Auch werde dadurch Arbeitsgelegenheit für Arbeitslose geschaffen.

Unhaltbare Fahrverhältnisse in Weichselmünde.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch auf die lebensgefährliche Fahrgelegenheit in Weichselmünde hingewiesen. Durch den Schiffsverkehr ist der Fahrbetrieb stark gehemmt, so daß die beiden Fähren unzureichend sind. Es wurde vom Magistrat verlangt, ein Motorboot oder Dampfboote einzurichten.

Unterstützung für pensionierte Privatlehrerinnen.

Der Magistrat beantragte, daß im Falle der Bedürftigkeit an nicht mehr erwerbsfähige, alle Privatlehrerinnen a. D., die mindestens zehn Jahre hindurch in Danzig an solchen Privatschulen tätig waren, die als Ersatz für öffentliche Schulen anzusehen sind, auf Antrag einmalige Unterstühtungen bis zur Höhe von 150 Mk. bewilligt werden, mit der Bedingung, daß die Freie Stadt Danzig Unterstühtungen in der gleichen Höhe bewilligt.

Die Unabhängigen forderten die Ausdehnung dieser Vorlage auf alle Rentner- und Invalidengeldempfänger. Die Deutschnationalen beantragten eine Erhöhung der Unterstühtungen für die Lehrerinnen auf 300 Mk., während das Zentrum eine monatliche Zahlung von 100 Mk. auf drei Jahre an die in Frage kommenden 16 Damen verlangte.

Stadtv. Gebauer (Unabh.) lehnte die Vorlage ab, da sie nur einem Stande Vorteile bringt.

Stadtv. Brunzen I (Unabh.) trat für die Gewährung der Unterstühtung lebhaft ein und wünschte, daß sie ohne weiteres an die 16 Damen gezahlt wird.

Stadtrat Dr. Strauß wandte sich gegen den Zentrumsantrag auf dauernde Unterstühtung. Die Vorlage der Invaliden und Altersrentner sei fälschlich gepöpselt. Es sei Sache des Freistaates, hier Wandel zu schaffen.

Genosse Kergsmann erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion der Magistratsvorlage zustimme, den Deutschnationalen jedoch den Jawtrums-Agitationsantrag jedoch ablehnen werde. Ohne Prüfung der Verhältnisse dürfe die Summe nicht gezahlt werden, weil bei anderen Antragstellern die Verhältnisse zehnmal gebräut werden. Personen, die auch im Interesse der Allgemeinheit tätig gewesen sind und durch Unfall ihre Glieder verloren haben, erhalten noch viel weniger Rente. So erhält ein Arbeiter, der die rechte Hand

Hausfrauen, verlangt nur

Dr. Dettler's Backpulver



Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Binden.

(Fortsetzung.)

„Jungfer“ bat Beate. „Wann Sie mir sagen, wie ich in die Stockgasse komme?“

„Ich gehe dorthin,“ antwortete das Mädchen, das eine überaus intelligente Person war. „Ich führe Sie hin. Sie dürfen den Korb mit anfaßen.“

Die arme Beate griff zu und beide Mädchen schleppten nun gemeinschaftlich die Bürde.

Der Korb ist ja so arg schwer, als wärens lauter Steine drinne hätte!“ sagte Beate, die einen Augenblick stehen geblieben war, um Luft zu schöpfen.

„Hat sich was mit Steinen!“ versetzte die Breslauerin lachend. „Das ist lauter Wein. Die Rosalie wird sich nämlich verloben. In der Stube trinken sie oft Wein, aber ich kriegen immer nur Gänsewein, sie rechnen mich also zu den Gänsen.“

Beate seufzte. Sie hätte nie Wein getrunken, außer beim Abendmahle. Auf Wein wollte sie gern verzichten, wenn sie nur einen Kasser. Suppe und ein Stück trockenes Brot gehabt hätte, dann wäre sie vollständig zufriedener gewesen.

„Was wollen Sie denn in der Stockgasse?“ fragte die Breslauerin neugierig.

„Ich hab da ein Gewerbe,“ entgegnete Beate zusehend. „No, wenn Sie es nicht sagen wollen, dann lassen Sie es eben bleiben!“ rief das Mädchen schnippisch aus. „Ich reise mich nicht danach. Das hat man für seine Gefälligkeit! Ich schätze mich mit Ihnen ab und Sie sind zum Dank dafür so verstockt gegen mich.“

Beate hätte mit gutem Recht erwidern können, daß die Gefälligkeit auf ihrer Seite war, aber sie schloß ihre Lippen, weil sie zu ungewandt, um einige Worte der Entschuldigungs zu sagen, sahmen denn diese Straßen kein Ende? Serrhöft wie jedermann hier zurechtfinden!

Die Köchin konnte nicht lange schweigen. Sie begann von ihrer schwierigen Stellung zu erzählen, klagte darüber, wie geizig der Herr sei, vertraute Beate an, die Frau sei ein Zankeuse, die

Rosalie wäre ein eppisches Ding, nett wären nur der Moritz und der Sidor. Zu Beates Herzenerleichterung war sie wieder ganz freundlich geworden.

Endlich, endlich war die Stockgasse erreicht. Kergsmann schaute sich das schüchternste Barbiermädchen um. Eine dicke Frau öffnete die Tür ihres Ladens und rief grinsend:

„Was sucht die Jungfer? Ich habe die schönsten Kleider, die feinsten Wäsche, das beste Schuhwerk. Alles nur von hohen Herrschaften. Trete die Jungfer nur näher!“

„Gott bezahle!“ sagte Beate zu ihrer Begleiterin und wollte der Aufforderung der Frau folgen, aber ihre Begleiterin hielt sie zurück und flüsterte ihr zu: „Hier müssen Sie nichts kaufen! Kommen Sie nur weiter!“

Gehorsam schritt Beate wieder vorwärts. Die Frau schall laut hinter den beiden Mädchen her. Beate erglühete vor Scham dunkel, aber die Köchin schimpfte kräftig mieder. Endlich blieb sie vor einem verputzten Gebäude stehen und sagte voller Stolz:

„Das ist unser Haus, und bei uns kriegen Sie alles zu kaufen, was Ihr Herz begehrt. O ja! Au muß ich aber die Treppen hinaufhoppeln! Meine Alte schreit schon nach mir aus!“

Sie sprang leichtfüßig ins Haus und ihrer schweren Last. Beate schaute Beate die Treppe hinauf. Der dünne Klang einer rostigen Klingel erkobnte. Hinter einem Berg von zerlegenen Kleiderbüchsen schob sich mühsam ein alter Mann hervor. Er war ein ganz gewöhnliches Paar umgab wie ein Kranz einen großen, roten, ein Stück vom derselben Farbe hing an die eingeklinkte Türe. Die die arge, unvollkommenen Haare waren mit Manikelln, die die Hände und die unheimlichen Leder-Redden in mächtigen Klumpen. Das Gesicht verursachte dem Alter höchlich Schmerzen. In dem gelblich-braunen Gesicht brannten zwei schwarze Augen, eine Gabelstange und ein großer, zahnlöcher Mund hingen nicht zu der Verwahrnung des Lebens.

„Das ist der Jungfer, schließt!“ riefte er. „Braucht Sie ein schönes Kleid oder ein warmes Mäntel? Ich kann damit dienen. Was hat die Jungfer für einen kleinen Fuß? Da hab ich ein Paar Schuhe stehen von einem Fräulein Gräfin, die täten der Jungfer gerade passen.“

Während der Händler sprach, hatte Beate die Uhr angesehen, die sehr sorgfältig eingebaut war. Sie reichte ihm dieselbe zurück. Der Alte strahlte eine breite Gade mit kleinen Fingern und abgegriffenen Nägeln aus, packte die Uhr und untersuchte sie höchst eingehend, dann sagte er zu dem närrischen Kuffen Beate:

„Die hast du gestohlen!“

„Kein!“ rief Beate zornig aus. „Das ist gelogen. Wo haben Sie so was fogen!“

Der Mann lachte widerlich und krächzte dann:

„Ich hab die Jungfer für lauthunnen gehalten, Frau mit, daß sie reden kann. Aber mit rechten Dingen geht das nicht zu. Wenn die Jungfer die Uhr nicht gestohlen hat, dann hat sie sie gefunden.“

„Nein, das ist nicht wahr,“ versicherte Beate. „Die Uhr ist meine, und ich will sie verkaufen, weil ich Geld haben muß.“

Der Vater hat Ihnen doch die Bescheinigung gegeben, daß die Uhr der Jungfer ist, und Sie haben doch den Bescheinigung nicht mit!“ sagt der Händler vornehmlich.

„Aber vom Vater habe ich die Uhr ja gar nicht,“

Der Alte nickte ihnen sanftmütigen Blick aus und schloß sich. „Gib! Die Köchin hat also einen Schlüssel, der in die Türe des Ladens war und der deshalb sein Kleider mit der Bescheinigung des Mannes hielt. So konnte sich ein Mädchen des Mannes einmischen. Sie habe beabzichtigt, Beate durch Verlockungen einzuschleichen, aber die Köchin er hobt lebendmüchtig zu sein. Beate muß mit einem Schlüssel eine hässliche Klatsche und ein unfauberes Mädchen und logte.“

„Jetzt soll die Jungfer was Feines zu kochen kriegen.“

„Ich reise keinen Scherz!“ wachte das Mädchen sich beruhigend ab.

„Aber einen kleinen Kasser brauchen Sie doch nicht!“ riefte der Alte.

Beate seufzte, aber das stöhnliche Mädchen, das um ihren Korb spielte, verriet, daß ihr eine Tasse Kaffee mitkommen würde. Der Händler zog an einem Ringelstift, nach geräumter Zeit trat Beates Begleiterin ein und fragte nach dem:

Durch Kauf besonders billig erstandener Waren bringe ich als passende Weihnachtsgeschenke zu sehr günstigen Preisen zum Verkauf

Uhren

von den einfachsten bis zu den feinsten Spezialmarken in Gold, Silber und Double

Armband-Uhren

14kar. Gold mit 15 stein. Ankerwerk, desgleichen in Silber und Double. Sämtl. Uhren werden vorher genau geprüft und mit Garantieschein versehen.

Gold- und Silberwaren
in reichhaltigster Auswahl

Brillanten und Perlen
in feinsten Ausführung in Gold und Platin

Goldene Trauringe

Haus - Salon - Uhren
Sonderausstellung 1. Etage

Neufeld

2771)

Große Wollwebergasse 20

Danziger Automobil-Vertrieb
Dir. Walter Wasserzug

Neu-Eröffnung

Verkaufsbüro:

Passage

Abt. I. Automobile sämtl. fähr. Firmen
Abt. II. Alle Ersatzteile in la Ausführung
Abt. III. Automobilbereifungen, nur aller-
beste Fabrikate

(2954)

Institut für Zahnleidende

Telefon 2621. **Pfefferstadt 71** Nähe Bahnhof.

Spezialärztl. Abteil. Mund- u. Zahnoperationen in örtlicher oder allgemeiner Betäubung. Zahnplomben jeder Art. Zahnregulierungen.
Spezialchir. Abteil. Zahnersatz mit und ohne Gaumenplatte aller Systeme. Reparaturen, Umrüstungen schnellstens. MdB. Kostenberechnung.
Sprechzeit 8-7, Sonntag 9-12.

Schiffbauer

verheiratete, auf bald nach auswärts gesucht, gegen ortsüblichen Tagelohn und Akkord. Wohnung von Zimmer, Kammer, Küche und Bodenraum, sowie etwas Gartenland kann gestellt werden. Es wird nur auf erfahrene Leute, die in allen Teilen des praktischen Schiffbaues erfahren sind, reflektiert.
Schriftliche Angebote unter B. 160 an die Expedition dieses Blattes.

Wer bar Geld braucht!
wend. sich an Rud. Lüdke,
Danzig, Paradiesgasse 8-9.
(2663)

**Fast neues großes (†)
Fellschauhelfer**
preiswert zu verk. Höhe
Seigen 28, Hof, 2. Eing pt.r.



Weihnachts-Ausstellung.

Billige Klassiker-Ausgabe.

Schiller	4 Bd.	zus. 60.- M.
Goethe	4	60.-
Reuter	4	50.-
Shakespeare	4	50.-
Zola	3	54.-
Ibsen	3	51.-
Freiligrath	3	45.-
Lessing	2	30.-
Rieist	1	15.-
Römer	1	15.-
Luensu	1	15.-
Uhland	1	15.-

Romane u. Erzählungen.

Für Kinder

von 8 bis 14 Jahren.

Nordpolfahrer	7.50 M.
Wenn du noch eine Mutter hast	7.50
Rübezahl	7.50
Märchen-Wander-Garten	7.50
Robinson	7.50
Onkel Toms Hütte	7.50
Ursula	4.40
Kindermärchen	4.30

Jugendbücher in großer Auswahl
0.50, 1.- u. 1.50 Mk.

Für die Jugend

von 16 bis 20 Jahren.

Stahl- und Eisen-Technik	30.- M.
Der Bergbau	20.-
Werkbuch fürs Haus	21.-
Aus lernen Zonen	10.-
Unser Wald	6.-
Kreuz u. quer durch den Balkan	3.-
Wanderbuch	7.50
Frohes Wandern	3.50
Ein Rückblick a. d. Jahre 2000	3.60
Wunder des Lebens	4.80

Vorwärts-Bibliothek, gut ausgestattet
3.-, 4.-, 6.- und 9.- M.

Für Erwachsene.

Marx Kapital	36. M.
Frau und Sozialismus	15.-
Bebel. Aus meinem Leben.	
3 Bände	42.-
Die Waffen nieder	8.25
Marthas Kinder	5.80
Ich bekenne	6.-
Mutterschaft	3.-
Drei Monate Fabrikarbeiter	5.50
Bauernkrieg	6.-
Von Riel bis Kapp	30.-
Sielkinder des Glücks	3.-

Bewerkschafts- und Partei-Schriften
in großer Auswahl und zu allen Preisen.

Märchenbücher, Bilderbücher, Malbücher in großer Auswahl.

Am Spendhaus 6

Buchhandlung Volkswacht

Paradiesgasse 32

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 15. Dezember 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten A 1.

Jugendfreunde

Lehrspiel in 4 Aufzügen von Ludwig Julius.
Spielleitung: Rudolf Schwaunke, Inspektion:
Emil Werner.
Gabe gegen 10 Uhr.

Donnerstag, den 16. Dezember 1920, abends 7 Uhr.
Dauerkarten B 1. Zum 150. Geburtstag Ludwig
von Beethovens. Rea einstudiert. Fabeln.
Oper in zwei Akten von Ludwig van Beethoven.

Freitag, den 17. Dezember 1920, abends 7 Uhr.
Dauerkarten C 1. Die Fenerprobe. Komische
Oper in einem Akt. Text frei nach einem
Rogeburgen Lustspiel von Ernst Gänther.
Musik von Walter Dopf. Arrang.: Langstüber.

Sonntag, den 18. Dezember 1920, abends 6 1/2 Uhr.
Dauerkarten D 1. Ermäßigte Preise. Maria
Stuart. Ein Trauerspiel in 5 Akten (7 Bildern)
von Friedrich v. Schiller.

Sonntag, den 18. Dezember 1920, abends 7 Uhr.
Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Fabeln.

Lichtbild-Theater
Apollo Apollo
III. Damm 2.
Spielplan
vom 15. bis 17. 12.

Das Nordlicht!

Polar-drama in 4 Akten mit
Ludwig Treutmann

Der Faun!

Prachtvolle Komödie in 5 Akten

Gleiche Brüder, gleiche Kappen!
Lustspiel in 2 Akten (3001)

Fahrrad-Mäntel
in holländ. Ware
100 Mk. pro Stück
Bernstein & Comp.,
Danzig, Langgasse 50.

Griffal-Summifanger
unkonst
nicht, aber jetzt nur 2,75 Mk.
bei Hugo Bröde
Mitt. Graben 16. (2946)

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Bausmann.
Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunststl.
Heute Mittwoch, d. 16. Dezember

Anfang 7 Uhr Anfang

Der müde Theodor

Morgen Donnerstag, d. 16. Dezbr.
Zum 1. Male.

Die schöne Helena

Buffa-Oper in 3 Akten.
Musik von Jacques Offenbach.

Vorverkauf findet (tagl. v. 10—4 Uhr nur
im Deuma-Haus Langgasse 69/70 statt.
Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Am Dienstag, den 21. Dezember,
nachmittags 5 Uhr im Werkspoltschhaus
Große Kinder-Weihnachtsfeier

I. Teil
Märchen- und Lichtbildvorführungen
Brüderchen und Schwesterchen
Der gestiefelte Kater
Die sieben Geißlein u. a. m.
Der Weihnachtsmann der Frauenkommission.

II. Teil
Hänsel und Gretel
Ein Märchenspiel in 3 Bildern.
Begleitende Musik: Klavier: Frl. Schramm
Violine: Herr Schramm
Szenische Leitung: Herr Galleisko
Personen des Spiels:
Der Vater W. Krick
Die Mutter Frl. Rexin
Hänsel Frl. Springel
Gretel Gretel Szymanski
Die Hexe Frau Prott-Galleisko
Waldmännchen und Engel.

Eintrittspreis: Kinder 50 Pf., Erwachsene 1.50 Mk.
Verkauf der Eintrittskarten bei allen Ver-
trauensleuten, im Parteibureau, 4. Damm 7 II
und in den Expeditionen der „Danziger
Volksstimme“, Am Spandau 6, Paradies-
gasse 32; Ohrs: Zigarrenhandlung Mielke,
Ostbahn 1; Schildh. bei Rudolf Ehler, Kart-
häuser Straße 48; Languhr bei Kristen,
Marienstraße 28 II

Beginn 5 Uhr. Einlaß 1/2 5 Uhr.

Große Allee
10

K.K. Brett!

Amusement!!!

Dezember-Programm

J. Bruck, Tanzbambolist
Charlotte Dietz-Kapp, Diseuse
Charlotte Darena, Vortragskünstlerin
Dagmar Hansen, mod. Tänzerpaar
Stella Höp, Oper- u. Liedersäng.

2 Kaffee-Tischchen = Moderner Porzellan

II. entzückende Darstellungen.
Ins v. Prella, Veronika, Horst Walden, Chorus.

Fredy Schlick, Hornist u. Stimmungssänger.

Täglich 4-Uhr-TEE.

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich

Hotel Danziger Hof

Wintergarten und Rokokoaal
Donnerstag:
5-Uhr-Tanz-TEE
Steff-Orchester 10 Solisten
Eigene Konditorei Mix- und Biagetränk
Sonabend: Reunion Sonntag: Tafelmusik-Familienabend

Sämtliche Bände

der
Arbeiter-Gesundheitsbibliothek
wieder vorrätig.
Buchhandlung „Volkswehr“,
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Für Jedermann

eine Gelegenheit, seine Einkäufe zum Feste zu machen und zwar zu sehr mäßigen Preisen, bildet unser Verkauf von Resten, Restposten, besonderen Einzelposten und Einzelartikeln.

Wir wollen helfen

zum Feste außerordentlich günstig Geschenk- wie auch Bedarfsartikel zu erwerben. Deshalb sind alle in Frage stehenden Artikel so niedrig im Preise oder im Preise herabgesetzt, daß dieser Verkauf wirklich eine ganz besondere und seltene Gelegenheit hierzu bietet.

Unser morgiges Inserat bringt aus fast allen Abteilungen eine kleine Aufstellung obiger Artikel. Extra-anzlagen im Hause und unsere Schaufenster weisen noch besonders darauf hin.

Eine Bitte

richten wir noch an Sie, nämlich soweit als möglich die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

Wir müssen die Anzeigen vorbereiten und beginnen daher mit dem Verkauf erst

Freitag vormittag 1/2 11 Uhr

FREYMANN